



Antrag an den 23. Gewerkschaftstag der IG Metall zur Arbeitszeit

Delegiertenversammlung Verwaltungsstelle Leipzig am 13. 04. 2015

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Initiativen für eine neue Arbeitszeitdebatte und die Gesprächsverpflichtung zu Arbeitszeitfragen zwischen IG Metall und Gesamtmetall (Verhandlungsergebnis für die Metall- und Elektroindustrie 2015) bieten Chancen und Perspektiven für unseren gewerkschaftlichen Gestaltungsanspruch.

Bundesweit formulieren unsere Mitglieder Sorge und Kritik an Trends zur einseitigen Ausrichtung flexibler Arbeitszeiten an Unternehmensinteressen, einer schleichenden Ausdehnung von Arbeitszeit, Arbeitszeitverfall, der zunehmenden Einbindung von Wochenenden oder überlaufende Arbeitszeitkonten. In der betrieblichen Praxis haben sich problematische Arbeitszeitmodelle entwickelt, deren Eindämmung und Regulierung einen neuen tarifpolitischen Ordnungsrahmen erfordern.

Ziel einer neuen Arbeitszeitinitiative muss die Entwicklung und tarifpolitische Durchsetzung zukunftsfähiger Arbeitszeitmodelle sein, die geeignet sind, Beschäftigung zu sichern und zu schaffen, Leistungsverdichtung, Belastung und Gesundheitsgefährdung spürbar zu reduzieren.

Das Ziel weiterer Arbeitszeitverkürzungen für bestimmte Beschäftigungsgruppen mit besonderen Belastungen oder Bedürfnissen nach mehr individueller Zeitsouveränität muss dabei aufgegriffen werden.

Unsere Strategie für eine Verkürzung der tariflichen Arbeitszeiten kann dabei einen entscheidenden Beitrag zu besseren Qualifizierungschancen, flexiblen Altersübergängen, mehr Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege sowie sozialem und politischem Engagement der Beschäftigten leisten.

Auf dieser Basis ist für die IG Metall eine bundesweit einheitliche regelmäßige tarifliche Wochenarbeitszeit von 35 Stunden in der Woche auch in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie eine wesentliche Voraussetzung bei der Neuausrichtung der zukünftigen Arbeitszeitpolitik.

Dabei gilt es, für unterschiedliche betriebliche Realitäten differenzierte Lösungen für Modelle von Arbeitszeitverkürzungen zu entwickeln. Denkbar sind dabei auch unterschiedliche Geschwindigkeiten bei der Erreichung der 35-Stunden-Woche, die den Betriebsparteien mehr Spielräume bei der inhaltlichen Ausgestaltung geben.

Die Notwendigkeit weiterer Arbeitszeitverkürzung in der ostdeutschen Industrie resultiert nicht nur aus der Beschlusslage der IG Metall zur Herstellung der sozialen Einheit in Deutschland sondern vor allem aus den besonderen Herausforderungen

des demografischen Wandels und bestehender struktureller Nachteile (u. a. höhere Arbeitslosenquoten und steigender Fachkräftemangel).

Zudem führt die Ungleichheit bei der tariflichen Arbeitszeit auch aufgrund niedriger durchschnittlicher Betriebsgrößen (KMU) und der hohen Abhängigkeit von westdeutschen Konzernen vermehrt zu Spannungen bei Beschäftigten in Unternehmensverbänden.

Arbeitszeitverkürzung bleibt vor dem Hintergrund der rasanten Produktivitätsentwicklung und der digitalen Herausforderung „Industrie 4.0“ beschäftigungspolitisch notwendig, gesellschaftlich sinnvoll, wirtschaftlich vertretbar und liegt im originären Interesse der ostdeutschen Industrie.

Die IG Metall wird in diesem Sinne ihre tarifpolitische Arbeitszeitstrategie weiterentwickeln und zur Grundlage in den anstehenden Gesprächen mit Gesamtmetall machen.